

Grundbuchsgebührennovelle

Die Vereinigung der österreichischen Richterinnen und Richter und die Bundesvertretung Richter und Staatsanwälte in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (BV 23) haben zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gerichtsgebührengesetz, das Gerichtliche Einbringungsgesetz, das Grunderwerbsteuergesetz und das Gebäude- und Wohnungsregistergesetz geändert werden (Grundbuchsgebührennovelle – GGN) (BMJ•-Z18.100TP9/0007-I 7/2012) nachstehende Stellungnahme abgegeben. Grundbuchsgebührennovelle - Stellungnahme